



## Niederschrift Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 16.11.2004
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

---

### Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmund	PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	PDS	
Frau Schulze, Jana	PDS	
Frau Geywitz, Klara	SPD	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	anwesend ab TOP 4 (18:40 Uhr)
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 3 (18:15 Uhr)
Frau Opitz, Gisela	BürgerBündnis	
Herr Anton, Torsten	PDS	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Busch, Jutta	PDS	
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Gareis, Klaus	Seniorenbeirat	
Frau Jensch, Sun		

### Nicht anwesend sind:

Herr Näder, Volkmar	CDU	entschuldigt
Frau Basekow, Angela	SPD	entschuldigt
Frau Kirchner, Monika	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr König, Herbert	PDS	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	nicht anwesend

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 19.10.2004
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Allianz für die Familie  
Vorlage: 04/SVV/0669  
Verfasser : Fraktion CDU

- 4 Gründung des Eigenbetriebes 'Kommunaler Immobilien Service'  
Vorlage: 04/SVV/0830  
Verfasser : John, Norbert  
Oberbürgermeister, FB Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
- 5 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von wohnungslosen Einzelpersonen oder Familien der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 04/SVV/0821  
Verfasser : Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Wohnen und Senioren
- 6 Koordiniertes bedarfsgerechtes Vorgehen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten unter Nutzung aller Möglichkeiten des SGB II und SGB III  
Vorlage: 04/SVV/0781  
Verfasser : Fraktion PDS  
  
Fraktion PDS  
im Beschlusstext ist 'Controllingsystem' durch 'Kontrollmechanismus' zu ersetzen
- 7 Vertrag zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE)  
Vorlage: 04/SVV/0832  
Verfasser : FB Soziales, Wohnen und Senioren  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Wohnen und Senioren
- 8 Rettungsdienstgebührensatzung  
Vorlage: 04/SVV/0792  
Verfasser : Fachbereich Feuerwehr  
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
- 9 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Frau Geywitz begrüßt den Behindertenbeauftragten, Herrn Erker, als neues beratendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Herr Erker stellt sich kurz dem Ausschuss vor.

#### zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

### zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 19.10.2004**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

### zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

#### **Vertrag zur Gründung einer ARGE**

Herr Thomann informiert zum Hinweis von Frau Schulze am 09.11.2004 zu den finanziellen Auswirkungen, dass die Zahlen auf der gezeigten Folie richtig waren. Die Unterlagen sind veraltet.

#### **Tag der offenen Tür im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Frau Müller gibt bekannt, dass das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt am 03.12.2004 in der Zeit von 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr einen Tag der offenen Tür durchführt.

Themenschwerpunkte werden die Kennzeichnung von Lebensmitteln und Informationen zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln sowie Nahrungsergänzungsmitteln sein.

Frau Schulze bittet um Informationen zum Haus der Begegnung sowie zur Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers der ARGE.

Des weiteren bittet sie um Informationen zu Gespräch mit den Wohnungsgesellschaften.

Herr Thomann informiert, dass es eine Entscheidung des Oberbürgermeisters gibt, die Stelle des Geschäftsführers der ARGE nicht extern auszuschreiben.

Frau Müller wird zum Haus der Begegnung und zur Geschäftsführung der ARGE im nichtöffentlichen Teil der Sitzung berichten.

Frau Schulze fragt nach der Möglichkeit der Übernahme von Genossenschaftsanteile im Zusammenhang mit ALG II.

Herr Thomann erklärt, dass dies möglich ist, aber nicht angestrebt wird. Hier sollten auch Alternativen geprüft werden.

### zu 3 **Allianz für die Familie** **Vorlage: 04/SVV/0669**

Herr Kapuste bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Schulze fragt, welche Prüfkriterien aus Sicht des Antragstellers enthalten sind.

Herr Kapuste erklärt, dass der Oberbürgermeister Erkundigungen aus anderen

Kommunen einholen und einen Soll-Ist-Vergleich anstellen soll.

Herr Krause spricht sich für den Antrag aus. Er weist auf den Geschäftsbericht der GEWOBA 2003 hin, der auch Ergebnisse der Mieterbefragung enthält. Aber auch andere Wohnungsgenossenschaften sollten hier betrachtet werden.

Frau Müller weist auf die steigenden Kinderzahlen in den jüngeren Altersgruppen, bedingt durch die steigenden Geburtenzahlen, hin. Hier wird Zeit benötigt, um konkret zu recherchieren und die Ergebnisse zusammenzufassen.

Herr Kapuste ändert seine Antrag wie folgt:

***Hierzu ist in der SVV in der Mai-Sitzung 2005 zu berichten.***

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, inwieweit die Familienpolitik der Landeshauptstadt Potsdam durch eine, vom Bundesfamilienministerium empfohlene, „Allianz für die Familie“ gefördert werden kann. *Hierzu ist in der SVV in der Mai-Sitzung 2005 zu berichten.*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 4 Gründung des Eigenbetriebes 'Kommunaler Immobilien Service'  
Vorlage: 04/SVV/0830**

Herr John bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Krause fragt, ob es bereits Vorstellungen gibt, eventuell zu einem späteren Zeitpunkt eine andere Betriebsform zu wählen. Wird es „rote“ oder „schwarze“ Zahlen geben?

Herr John erklärt, dass der Eigenbetrieb steuerliche Vorteile hat. Hier kann das Instrument des kaufmännischen Rechnungswesens angewendet werden. Es soll haushaltsneutral gearbeitet werden, aber durch das HSK müssen ca. 700.000 Euro eingespart werden. Nach Abzug der Einsparungen sind zu Beginn 350.000 Euro im Minus.

Frau Geywitz fragt, wie das Problem der Abschreibungen gelöst wird.

Herr John weist darauf hin, dass dies im ersten Jahr etwa 5 Mio. Euro sein werden. Dies wird in etwa durch Fördermittel ausgeglichen.

Frau Schulze bittet um korrekte Erfassung der Stadtteile in der Vorlage.

Herr John erklärt, dass Nutzungs- bzw. Dienstleistungsverträge abgeschlossen werden.

Frau Opitz fragt, wie der erhöhte Verwaltungsaufwand bewältigt wird. Wie sind die Erfahrungen in anderen Städten?

Herr John berichtet, dass das Gesamtbild der Erfahrungen anderer Kommunen durchaus positiv ist. Der Verwaltungsaufwand wird sich nicht erhöhen. Es sollen künftig sogar Stellen abgebaut werden. Dies erfolgt durch Altersteilzeit.

Frau Paulsen spricht das Problem des Stellenabbaus bei Schulhausmeistern an.

Herr John merkt an, dass Gespräche mit Schulleitern und Hausmeistern geführt werden. Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet.

Herr Kapuste wird sich bei der Abstimmung enthalten, da er die Details nicht beurteilen kann.

Herr Krause fragt, ob es in der Anfangsphase die Möglichkeit der Begleitung des Eigenbetriebes durch das Rechnungsprüfungsamt bzw. den Rechnungsausschuss gibt.

Frau Geywitz weist auf die Einrichtung des Werksausschusses hin.

Herr John betont, dass das Rechnungsprüfungsamt die Vorgänge bisher sehr kritisch begleitet hat. Dies soll auch künftig so fortgeführt werden. Auch bei Grundstücksverkäufen ist immer ein Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes vertreten. Es erfolgt auch eine Begleitung durch den Werksausschuss.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Errichtung des Eigenbetriebes „Kommunaler Immobilienservice“ der Landeshauptstadt Potsdam zum 01.01.2005
2. Die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunaler Immobilien Service“ der Landeshauptstadt Potsdam
3. Die Zuordnung von Vermögen an den Eigenbetrieb „Kommunaler Immobilien Service“

Dem Eigenbetrieb werden die in der Anlage aufgeführten Liegenschaften mit einem Wert von insgesamt rund 327 Mio. € zugeordnet.

Das Stammkapital wird auf 100.000 € festgesetzt.

4. Die Bildung eines Werksausschusses gemäß § 8 Abs. 1 der EigV und § 4 Abs. 2 Ziff. 1 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunaler Immobilien Service“ der Landeshauptstadt Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 7

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

zu 5

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von wohnungslosen Einzelpersonen oder Familien der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 04/SVV/0821**

Herr Böttche bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Er weist auf die als Tischvorlage ausgereichte Korrektur der finanziellen Auswirkungen hin (siehe auch Anlage zum Protokoll).

Frau Schulze fragt, ob dies lediglich die zahlungsunfähigen Bürger betrifft.

Herr Böttche erklärt, dass die Stadt die Gebühren nur für diejenigen Bürger übernimmt, die diese nicht selbst aufbringen können.

Frau Paulsen fragt nach der Position „Betriebe mit Sonderrechnung“.

Herr Böttche reicht dies als Anlage zum Protokoll nach.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von wohnungslosen Einzelpersonen oder Familien der Landeshauptstadt Potsdam (gemäß Anlage)

**+ Korrektur der finanziellen Auswirkungen**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 2

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 6** **Koordiniertes bedarfsgerechtes Vorgehen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten unter Nutzung aller Möglichkeiten des SGB II und SGB III**  
**Vorlage: 04/SVV/0781**

Frau Schulze bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Thomann stimmt dem grundsätzlich zu und merkt an, dass dies noch ergänzt werden könnte.

Er macht deutlich, dass dies aus Sicht der Verwaltung nicht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt fördert.

Herr Fröhlich schlägt vor, den Antrag um die Bereiche Sport, Kultur und Tourismus zu erweitern.

Herr Kapuste fragt, ob die Verwaltung auch ohne diesen Antrag gehandelt hätte.

Frau Knoblich weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits sehr aktiv arbeitet. Sie merkt an, dass der Termin in der Begründung des Antrages nicht zu halten ist.

Frau Schulze fragt, ob es der Verwaltung möglich ist, dieses Programm im 1. Quartal 2005 vorzulegen. Sie übernimmt die Ergänzungen.

Frau Müller macht deutlich, dass derzeit an der Gestaltung der ARGE und der PAGA gearbeitet wird.

Sie hält es für verfrüht, Programme zu erstellen, bevor Bedarfe ermittelt wurden. Dies widerspricht der einzelfallorientierten Bedarfsermittlung.

Frau Müller bittet darum, die Zeitschiene zugunsten der Qualität zu verlängern. Dies sollte dann auch sozialraumorientiert erfolgen.

Frau Knoblich schlägt vor, den letzten Satz der Begründung herauszunehmen. Durch die regelmäßige Berichterstattung der Verwaltung erfolgt eine Begleitung und Kontrolle.

Frau Müller bittet darum, den Antrag umzuformulieren.

Frau Schulze ändert den Antrag wie folgt:

*Bei der Erstellung des Integrationskonzeptes zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten sind die Sozialräume der Landeshauptstadt Potsdam unter Nutzung aller Möglichkeiten des SGB II und SGB III vorrangig in den Bereichen Kinder, Jugend, Senioren, Gleichstellung, Bildung, Gemeinwesenarbeit, Soziales, Gesundheit, Sport, Kultur, Tourismus und Handel zu berücksichtigen. Die Verwaltung berichtet im Mai 2005 den Stadtverordneten über den Stand der Umsetzung.*

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Bei der Erstellung des Integrationskonzeptes zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten sind die Sozialräume der Landeshauptstadt Potsdam unter Nutzung aller Möglichkeiten des SGB II und SGB III vorrangig in den Bereichen Kinder, Jugend, Senioren, Gleichstellung, Bildung, Gemeinwesenarbeit, Soziales, Gesundheit, Sport, Kultur, Tourismus und Handel zu berücksichtigen.

Die Verwaltung berichtet im Mai 2005 den Stadtverordneten über den Stand der Umsetzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

zu 7

**Vertrag zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE)**

**Vorlage: 04/SVV/0832**

Herr Krause bringt einen Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion ein und begründet diesen.

Herr Fröhlich bedankt sich bei der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit.

Herr Kapuste spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Hier wird Bürokratie aufgebaut.

Herr Thomann nimmt Stellung zum Ergänzungsantrag. Er macht deutlich, dass der erste Punkt durch die Trägerkonferenz selbst festgelegt werden sollte. Dies sollte nicht vorgeschrieben werden.

Die Vertretungsregelung erfolgt durch die Geschäftsordnung. Eine Einbeziehung der Wohnungsgesellschaften ist aus Sicht der Verwaltung vernünftig.

Der vierte Punkt ist Fachaufgabe. Die Trägerkonferenz sollte hier nicht eingreifen.

Frau Paulsen stellt folgenden **Änderungsantrag:**

*Der § 5 ist dahingehend zu ändern, dass die Besetzung der Trägerversammlung nicht zwangsläufig durch die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, sondern durch ein gewähltes Mitglied aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfolgt.*

Herr Thomann erklärt, dass der Änderungsantrag von Frau Paulsen absolut unkritisch ist.

## **Abstimmung zu den Änderungs-/Ergänzungsanträgen:**

### **Änderungsantrag:**

Der § 5 ist dahingehend zu ändern, dass die Besetzung der Trägerversammlung nicht zwangsläufig durch die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, sondern durch ein gewähltes Mitglied aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfolgt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 0

*Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.*

### **Ergänzungsantrag:**

Den Vertretern der Landeshauptstadt Potsdam in der Trägerversammlung der PAGA wird empfohlen, darauf hinzuwirken, dass:

- die Trägerversammlung der PAGA im ersten Geschäftsjahr monatlich tagt und dem Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung Potsdam in seiner jeweils darauf folgenden Sitzung berichtet wird,
- in der Geschäftsordnung der PAGA eine Regelung für die Vertretung verhinderter Mitglieder der Vertreterversammlung erfolgt,
- die Trägerversammlung den Potsdamer Mietervereinen eine Mitwirkung im Beirat der PAGA anbietet, insbesondere im Hinblick in Angelegenheiten der Kosten der Unterkunft. Die Mitwirkung von Vertretern der Weiterbildungseinrichtungen ist ebenfalls sicherzustellen,
- in der Trägerversammlung halbjährlich geprüft wird, ob und inwieweit die jeweilige Dienstanweisung zur Angemessenheit von Wohnraum und zur Pauschalisierung der Kosten der Unterkunft zu aktualisieren ist und die Trägerversammlung die Möglichkeit erhält, entsprechende Empfehlungen zu geben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 0

*Der Ergänzungsantrag wird abgelehnt.*

### **Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zwischen der Agentur für Arbeit Potsdam und der Landeshauptstadt Potsdam wird entsprechend des im Anhang 1 beigefügten Vertrages eine ARGE gem. § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) gegründet.

### **+ Änderungsantrag:**

Der § 5 ist dahingehend zu ändern, dass die Besetzung der Trägerversammlung nicht zwangsläufig durch die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, sondern durch ein gewähltes Mitglied aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfolgt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*



**zu 8      Rettungsdienstgebührensatzung  
Vorlage: 04/SVV/0792**

Herr Hülsebeck bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Frau Knoblich fragt, um wieviel sich die Kosten erhöhen.

Herr Hülsebeck erklärt, dass es für 2005 eine Erhöhung von durchschnittlich 30 % gibt.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:            5

Ablehnung:              0

Stimmenthaltung:    4

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 9      Sonstiges**

Herr Dr. Gareis weist auf die Probleme der Seniorenbegegnungsstätte „Wir für uns“ hin. Am 24.11.2004 erfolgt die Neuwahl des Vorstandes.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
07.12.2004    18:00 Uhr**

**Klara Geywitz  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Protokoll**